

Etatmodelle

WORKSHOP »ETATMODELLE FÜR DAS DIGITALE ZEITALTER« – AUSGERICHTET VON DER DBV-KOMMISSION ERWERBUNG UND BESTANDSENTWICKLUNG AM 15. UND 16. MÄRZ 2012 AN DER STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN. EIN KURZBERICHT

Über 40 Erwerbungspezialistinnen und -spezialisten aus wissenschaftlichen Bibliotheken ganz Deutschlands waren im März dieses Jahres in der Staatsbibliothek zu Berlin zusammengekommen, um ein Thema zu bearbeiten, das ebenso relevant wie ungelöst ist. Um es gleich vorweg zu sagen: Der Etatbedarf für elektronische Medien konnte nicht verbindlich definiert oder beziffert werden; die Facetten dieser Problematik wurden jedoch differenziert dargelegt und diskutiert. Einblicke in die Praxis der Etatverteilung vor Ort erbrachten wertvolle Anregungen zur Einbeziehung der elektronischen Medien in die Allokation von Literaturerwerbungsmiteln.

Zu den Ergebnissen des Workshops im Einzelnen: Das Bayerische Etatmodell 2010 (Monika Moravetz-Kuhlmann, Bayerische Staatsbibliothek, vgl. ZfBB 5/2010, S. 253–270) mit seiner klaren Parametrisierung des Etatbedarfs für gedruckte Bücher und Zeitschriften und seiner pauschalen Ansetzung eines Mehrbedarfs für elektronische Medien – 17 % für Datenbanken, 5 % für E-Journals und 2 % für E-Books – wurde bewusst zum Ausgangspunkt aller weiteren Überlegungen und Erörterungen gemacht. Denn die folgenden Beiträge des ersten Abschnitts des Workshops behandelten unterschiedliche Phänomene des Medienwandels, deren Auswirkungen grundlegende Parameter des Bayerischen Etatmodells – die Maßeinheiten Band bzw. Titel, die Durchschnittspreise, das Ausgabeformat Wissenschaftsfach – untergraben und ein Weiterdenken erforderlich machen.

Bereits die gewünschten Bündelungseffekte konsortialer Lizenzierungen hochpreisiger elektronischer Produkte (Ursula Stanek, Staatsbibliothek zu Berlin und Friedrich Althoff Konsortium) – die Stichworte Pakete, Abnehmerkooperation und Mehrjahresverträ-

ge mögen hier genügen – »verfälschen« E-Listpreise und erschweren die Ermittlung und Parametrisierung des Etatbedarfs für elektronische Medien. Das wachsende Konsortialgeschäft hat natürlich zur Folge, dass mehr Mittel für den Erwerb digitaler Medien vor Ort eingesetzt und gebunden werden. Dies bestätigt auch ein Blick in die Deutsche Bibliotheksstatistik (Franziska Wein, Universitäts- und Forschungsbibliothek Erfurt/Gotha): Der Anteil der Ausgaben für elektronische Produkte an den Gesamtausgaben für die Literaturversorgung an wissenschaftlichen Bibliotheken steigt kontinuierlich bis signifikant. Während eine gewisse Sättigung im Bereich der Datenbanken zu beobachten ist, klettern die Ausgaben für E-Journals deutlich und spiegeln hier die Migration zu »e only«. Zu den Ausgaben für E-Books lassen sich keine verbindlichen Angaben machen, da diese bislang nicht in einer eigenen Position in der DBS erfasst werden.

Die hier ablesbare Dynamik des Ausgabeverhaltens der Bibliotheken, bezogen auf die Gattungen Datenbanken und E-Journals, weicht von den genannten Prognosen im Bayerischen Etatmodell 2010 ab. Die mehr oder weniger unscharfen DBS-Positionen lassen lediglich Tendenzmeldungen zu steigenden Etatbedarfen einzelner elektronischer Mediengattungen zu, für einer detaillierten Quantifizierung, Parametrisierung reichen sie nicht. Die Heterogenität der Datenbasis erschwert auch das Unterfangen, die lokale Nutzung als ein maßgebliches Kriterium zur Definition des Etatbedarfs für digitale Medien zu etablieren (Adalbert Kirchgäßner, Universitätsbibliothek Konstanz). Die Resultate von Zugriffsmessungen spielen bibliotheksseitig bereits eine wichtige Rolle bei alljährlichen Entscheidungen über die weitere Lizenzierung der digitalen Angebote kommerzieller Provenienz; anbieterseitig werden sie vereinzelt zu Zwecken der Preisfindung herangezogen. Publikationsfonds im Kontext von Golden Open Access, Patron Driven Acquisition und diverse Formen granularer, gattungsunabhängiger Erwerbung (Hildegard Schäffler, Bayerische Staatsbibliothek) sind weitere in ersten Ansätzen wahrnehmbare Phänomene des Medienwandels, welche sich in ihrer Individualität der Grammatik der Etatbedarfsermittlung des Bayerischen Etatmodells entziehen. Die Referentin prognostizierte für das digitale Zeitalter eine »Bedarfsermittlung 2.0«, die zunehmend aus lokalen Gegebenheiten und individuellem Verhalten Bedarf extrapoliert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass eine Individualisierung der Etatbedarfsermittlung – gekennzeichnet durch eine abnehmende Bedeutung der Faktoren Literaturproduktion und Durchschnittspreis gegenüber den Faktoren Zusam-

Deutsche
Bibliotheksstatistik

Etatbedarf für
elektronische Medien

Bedarfsermittlung 2.0

mensetzung der lokalen Nutzerschaft und Verhalten derselben – wahrscheinlich ist, und dass damit einhergehend die Hochschule als Auftraggeber und Kunde zugleich zum Adressaten der Bedarfsermittlung wird. Für eine längere Übergangszeit werden die konventionelle Bedarfsermittlung »1.0« und die neue Bedarfsermittlung »2.0« parallel oder integriert eingesetzt werden.

Das im zweiten Teil des Workshops vorgestellte Etatverteilungsmodell der Humboldt-Universität Berlin darf als Prototyp eines »hybriden« Bedarfs- und Verteilungsmodells hervorgehoben werden. Es integriert Etatbedarf für elektronische Medien konsequent in die jeweiligen Fachbudgets und unterscheidet sich so von der vielerorts praktizierten Variante, fachübergreifende digitale Produkte und Pakete über einen pauschalen Vorwegabzug oder einen aus dem Verteilungsmodell generierten »Allgemeinen Topf« zu finanzieren.

Es ist geplant, den Workshop zu einem späteren Zeitpunkt intensiver auszuwerten und die Resultate in der ZfBB in Form einer umfassenden Abhandlung des Themas »Etatmodelle für das digitale Zeitalter« zu publizieren.

DIE VERFASSERIN

Dr. Franziska Wein, Erwerbungsleiterin, stellv. Abteilungsleiterin Medienbearbeitung, Fachreferentin für Geschichte, Romanistik, Universitäts- und Forschungsbibliothek Erfurt/Gotha, Universitätsbibliothek Erfurt, Nordhäuser Straße 63, 99089 Erfurt, Tel.: 0361 – 737-5704,
E-Mail: franziska.wein@uni-erfurt.de

VDB TÄTIGKEITSBERICHT DES VORSITZEN- DEN DES VEREINS DEUTSCHER BIBLIOTHEKARE E. V. (VDB) ÜBER DAS VORSTANDSJAHR 2011/2012¹

Vorstand, Vereinsausschuss und Satzung

Zum 1. August 2011 hat der auf der Mitgliederversammlung am 9. Juni 2011 im Rahmen des 100. Deutschen Bibliothekartages gewählte Vorstand seine Arbeit aufgenommen. Erster stellvertretender Vorsitzender ist wie bisher Dr. Wilfried Sühl-Strohmenger,

Freiburg. Als zweiter Vorsitzender wurde Dr. Ewald Brahms, Hildesheim, von der Mitgliederversammlung gewählt. Dem Vorstand gehören weiterhin Anke Berghaus-Sprengel, Berlin, wie bisher als Kassenswartin und Dr. Anke Quast, Berlin, als neue Schriftführerin an. Der bisherige Schriftführer, Dr. Thomas Stöber, der über vier Jahre hinweg dieses Amt mit großem Engagement ausgeübt hatte, ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Ihm gilt für die umsichtige Führung dieses arbeitsintensiven Vorstandsamtes besonderer Dank. Dr. Ulrich Hohoff, der in den letzten acht Jahren jeweils über vier Jahre hinweg den Vorsitz sowie den stellvertretenden Vorsitz innehatte, stand für eine weitere Amtszeit nicht zur Verfügung, erklärte jedoch seine Bereitschaft, für den Vorstand weiterhin eine Aufgabe zu übernehmen, wofür ihm der neue Vorstand sehr dankbar ist.

In Berlin hat die Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit eine Satzungsänderung beschlossen, durch die die Zusammensetzung der Gremien des Verbandes neu geordnet wurde. Künftig werden dem Vereinsausschuss alle Vorsitzenden der Landes- und Regionalverbände und der Kommissionen angehören – eine Wahl des Vereinsausschusses durch die Mitgliederversammlung ist daher nicht mehr erforderlich. Dagegen werden dem Vorstand bis zu drei weitere Beisitzer angehören. Bei seiner ersten Sitzung am 17. August 2011 hat der neue Vorstand beschlossen, wie bereits auf der Mitgliederversammlung angekündigt, in Vollzug dieser Regelung mit Ulrike Scholle, Essen-Duisburg, Burkard Rosenberger, Münster, und Dr. Ulrich Hohoff, Augsburg, drei Beisitzer in den Vorstand zu kooptieren. Die kooptierten Vorstandsmitglieder müssen durch die Mitgliederversammlung bestätigt werden.

Der bisherige Vereinsausschuss war 2010 noch nach der alten Satzung gewählt worden. Ihm gehören bisher Dr. Ewald Brahms, Hildesheim, Burkard Rosenberger, Münster, Wolfgang Starke, Halle, Dr. Gerhard Stumpf, Augsburg, Dr. Dirk Wissen, Frankfurt/Oder, Prof. Heidrun Wiesenmüller, Stuttgart, und Ulrike Scholle, Essen-Duisburg, an. Mit dem Ablauf der Amtszeit wird der Vereinsausschuss aus den Vorsitzenden der Kommissionen sowie der Regional- und Landesverbände bestehen. Der Vorstand dankt dem Vereinsausschuss für die engagierte Mitarbeit. Der Vereinsausschuss ist in der Berichtsperiode einmal im Februar 2012 in Berlin zusammengetreten. Themen waren die Kooperation unter den Personalverbänden, die Arbeit der Kommissionen und Landesverbände sowie die Öffentlichkeitsarbeit. Der Vereinsausschuss hat darüber hinaus beschlossen, der Mitgliederversammlung eine Änderung des Namens unseres Verbandes in eine ge-